Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließl. Bringerlohn monatlich 5000,— M. durch die Post bezogen monatlich 5000,— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1750,— M. Einzelnummer 200,— M. Sonnabendnummer 800,— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 400,— M., auswärts 500,— M., die 3gespaltene Reklamezeile 1500,— M., auswärts 1800,—, Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeig., Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederleg. 150 M.

Nr. 110 | Dresden, Montag den 14. Mai 1923 | 34. Jahrg.

Der deutschvölkische Aufmarschplan

Im Reichstage kam am Sonnabend, verbunden mit der dritten Beratung des Reichshaushalts des Ministeriums des Innern, endlich die Interpellation der Deutschnationalen über die Auflösung der Deutschvölkischen Freiheitspartei zur Verhandlung. Graf Westarp, der die Interpellation begründete, wußte nur an wenigen Stellen seiner Rede Farbe zu geben. Das Haus hörte seinen Vortrag in schläfriger Stimmung an. Wer aufmerksam die Rede verfolgte, bemerkte, wie eng die Deutschnationalen trotz der organisatorischen Trennung sich noch mit den Deutschvölkischen verbunden fühlen. Natürlich ist die Auflösung der Deutschvölkischen Freiheitspartei für die Deutschnationalen ein Akt der Gewaltpolitik. Nichts mehr erinnert das Gedächtnis der Rechtsparteien daran, wie sie unter dem Kaisertum mit Parteien umzuspringen pflegten, die auf rein gesetzmäßige Weise, fern von jeder Gewalt, Opposition gegen die Regierung trieben. — Reichsminister Oeser verlas als Antwort das Urteil des Staatsgerichtshofs, der den Standpunkt einnimmt, daß Parteien von dem Republikschutzgesetz nicht aufgenommen seien. Es können daher nicht nur Vereine, sondern auch Parteien aufgelöst werden. Uebrigens sei der Urteilsspruch des Staatsgerichtshofs in Uebereinstimmng mit der Judikatur des Reichsgerichts.

Die Aussprache eröffnete Genosse Scheidemann.

Er führte aus:

Ich bedauere außerordentlich, daß wir erst heute Gelegenheit bekommen, zu der Auflösung der Deutschvölkischen Freiheitspartei Stellung zu nehmen. Das reaktionäre Treiben gegen den Bestand der deutschen Republik ist keineswegs nur eine innerpolitische Frage, es ist vielmehr eine politische Frage, die in der ganzen Welt mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt wird und deren Ausschlachtung ganz besonders durch Frankreich das ganze deutsche Volk in der schlimmsten Weise ausgebaden hat. Während nun die Reichsregierung eine Zurückhaltung beobachtet hat, für die mir jedes Verständnis fehlt, und während die bayerische Regierung das Menschenmögliche getan hat, um der Arbeit der Reaktion — ich will nicht sagen, direkt Vorschub zu leisten, aber doch diese Arbeit mindestens zu erleichtern, haben wir erleben müssen, daß vom Reich aus gar nichts geschah. Wir sind grundsätzlich für jede Freiheit des Wortes, und es hat erst der furchtbaren Lehre des Mordes an Erzberger und Rathenau bedurft, um uns zu der Ueberzeugung zu bringen, daß in den gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnissen eine persönliche Verhetzung, die sich schließlich in blutigen Taten geäußert hat, von Gesetzes wegen einfach nicht geduldet werden kann. (Lebh. Zustimmung links.)

Einer Einschränkung der Vereinsfreiheit haben wir auch insofern zugestimmt, als es sich um Vereine mit ausgesprochen verbrecherischen Zielen handelt. Vereinigungen zu unterdrücken, die mit geistigen Waffen für ihre Ueberzeugung wirken, dazu werden wir uns niemals hergeben. Wir würden daher auch dem Verbot der sogenannten Deutschvölkischen Freiheitspartei nie unsre Zustimmung gegeben haben, wenn wir nicht den Beweis als geliefert ansehen müßten, daß diese sogenannte Partei nichts andres ist als

eine Verschwörergesellschaft,

die planmäßig darauf ausgeht, die gegenwärtige Rechtsordnung zu stören und an Stelle einer Herrschaft der Mehrheit die Herrschaft einer bewaffneten Minderheit zu setzen. Nach der vorläufigen Entscheidung des Staatsgerichtshofes ist Minister Severing berechtigt gewesen, das Verbot der Freiheitspartei auszusprechen. Auch die Frage, ob eine Partei als solche aufgelöst werden kann, hat der Staatsgerichtshof bejaht.

Man hat der preußischen Staatsregierung immer wieder den Vorwurf gemacht, sie messe rechts und links mit zweierlei Maß und wende gegen die Deutschvölkischen Maßregeln an, die den Kommunisten gegenüber ebenso am Platze wären. Dazu kann ich nur folgendes sagen: Hätten die Kommunisten in der letzten Zeit ähnliche Vorbereitungen getroffen wie die Deutschvölkischen, so wäre es die Pflicht der Regierung gewesen, gerade so gegen die Kommunisten vorzugehen wie gegen die Deutschvölkischen. Heute haben die Kommunisten eingesehen, daß man nicht einfach mit dem Kopf durch die Wand kann, sie haben eingesehen, daß die Arbeiter diese Putschtaktik nicht mehr mitmachen. Der Unterschied zwischen den Kommunisten bei allen Dingen und der Tätigkeit der Deutschvölkischen ist der: die Kommunisten wenden sich von der Gewalt ab, die Deutschvölkischen wenden sich aber der Gewalt zu. (Sehr wahr! links.) Die Rechtsradikalen haben sich nicht nur trotz ihren Schandtaten vielfach reichlicher Gunst und Duldung erfreut, sondern sie haben auch an einer großen politischen Partei und deren Presse eine Stütze gehabt. Erst der Mord an Rathenau hat die Deutschnationale Partei gezwungen, einen gewissen Trennungsstrich von ihnen zu ziehen, oder besser gesagt, nur den Trennungsstrich zu markieren; denn wir haben vorhin ja wieder aus den Ausführungen des Herrn v. Westarp gehört, wie eng sie eigentlich im Grunde genommen noch alliiert sind.

Die Deutschvölkische Freiheitspartei ist überhaupt keine parlamentarische Partei. Die Herren, die sich als Vertreter dieser Partei ausgeben, sind aus einer andern Partei desertiert, sie sind Deserteure der Deutschnationalen Partei. (Widerspruch bei den Deutschvölkischen.) Jetzt ist ihr Parteiname der Deckname für im Lande bestehende gemeingefährliche Organisationen, von denen man nicht weiß, wie stark sie sind, von denen aber bekannt ist, daß sie vielfach bewaffnet sind und militärische Uebungen abhalten, daß sie die Republik beschimpfen und verleumden, Gewalt predigen und daß aus ihren Reihen nicht nur die Mörder Erzbergers, Rathenaus, sondern auch die Henkersknechte der Feme stammen, denen alle die zum Opfer fallen, die ihrer Organisation unbequem geworden sind. Die Deutschvölkische Freiheitspartei ist also

der Sammelname für gewisse Mörder- und Verschwörerorganisationen.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Den Vorwurf, daß die drei Abgeordneten nicht ihre Mandate in der Deutschnationalen Volkspartei niedergelegt hätten, begegnete Herr v. Graefe mit der Erklärung, daß die Bildung der neuen Partei nur ein Schutzgesetz für die deutschvölkische Bewegung sei, da nur eine parlamentarische Vertretung Schutz gegen Auflösung zu bieten vermöge. Die Deutschvölkische Freiheitspartei sei gar keine Partei im hergebrachten Sinne, sondern eine Volksbewegung, die niemand gegründet habe, die vielmehr selbsttätig erwachsen sei. Wie das neue Organ der Deutschvölkischen Freiheitspartei zum Haß auffordert, dafür ein Beispiel: Der Leitartikel des Wulle-Graefeschen Blattes vom Himmelfahrtstage ist überschrieben mit dem Wort „Haß". Gestatten Sie, daß ich Ihnen einige Sätze daraus vorlege: „Fort mit dem

Irrsinn der Völkerversöhnung.

Wir wollen eine Volksversöhnung, um uns hart zu machen in einmütigem Haß. Wir wollen nicht in den Völkerbund. Wir brauchen einen Volksbund des Hasses. Haß an der Mutterbrust, Haß in der Schule, Haß in der Kirche, Haß in der Kaserne, Haß im Herzen, Haß in der Faust. Ein einziger großer tiefer Haß von 75 Millionen Deutschen!" — Das ist Ihre Politik. Mit Abscheu muß man sich gegen eine derartige infame Lehre wenden, wie Sie sie ins Volk hineinschleudern.

Ich komme nun wieder auf die Ausführungen des Herrn v. Graefe auf seinem Parteitage zurück und füge zur Ergänzung noch folgende Zeilen aus einem Rundschreiben der Deutschvölkischen Partei hinzu. Das Schreiben ist vom 28. Dezember 1922 datiert und hat folgenden Wortlaut: Nach einer Verfügung des preußischen Innenministers sind nur diejenigen Organisationen als Partei anzusehen, die im Reichstag oder im Landtag mindestens einen Vertreter haben; und so weiter, alles übrige könne aufgehoben werden, deshalb müsse man so und so verfahren, und zum Schluß heißt es dann:

„Um nun in Zukunft derartige Erscheinungen zu verhindern und endlich eine Partei zu haben, die nicht nur unfruchtbaren Parlamentarismus treibt, ist die Deutschvölkische Freiheitspartei gegründet worden, unter deren Fittichen alle Verbände, die dasselbe Ziel wie die Partei erstreben, unterschlüpfen können."

Zwischen Herrn Hitler und den Freunden des Herrn Wulle ist ein Uebereinkommen über gemeinsames Zusammenarbeiten bei Lösung „der bevorstehenden großen Aufgaben im deutschen Freiheitskampfe" getroffen worden. Die Wendung vom „deutschen Freiheitskampfe" kehrt immer wieder in einer Weise, die gar nicht mißzuverstehen ist. In einem Brief der Deutschvölkischen Freiheitspartei an einen Herrn Lauterbach in Berlin wird diesem „das Amt eines militärischen Führers der York-Jugend" angetragen. Es heißt in dem Brief weiter, „der ganze Bund ist geschlossen als Hundertschaft den andern Roßbach-Formationen angegliedert". (Abg. Wulle: Alles Unsinn!) In einem Brief aus Hannover an den Oberleutnant Roßbach wird mitgeteilt, daß der Briefschreiber „aus Hannover und aus Braunschweig die militärischen Führer zusammengeholt hat, um einmal alle Fragen vollkommen zu klären". Nach einen vollkommen militärisch ausgearbeiteten Plan teilt ein offizielles Schreiben dieser merkwürdigen Freiheitsmänner mit, daß noch Wochen vergehen werden, ehe

der Vormarsch nach Mitteldeutschland

angetreten werden kann. „Wenn Berlin mit gerniert werden und der Angriff aus der Havellinie erst vorgetragen werden muß, sind es mindestens 20 Tage, Berlin und Mitteldeutschland gleichzeitig." Aber selbst, wenn „die Kräfte genügend stark" sind und das Unternehmen „gegen Berlin und Mitteldeutschland gleichzeitig geführt" wird, „dauert es trotzdem etwa 14 Tage, denn das Aufstellen der Formationen beansprucht in beiden Fällen etwa eine Woche". Es folgen dann Anweisungen über den „kleinen Krieg" und da wird über die Vorbereitungen u. a. gesagt, daß die Schaffung eigener Freikorps notwendig ist, und zwar aus „gutem Leutematerial, die in Landwirtschaft und Industrie (gut bezahlt) schon jetzt untergebracht werden und den Kern und Rückhalt des Ganzen bilden". Diese Burschen, die man in die Industrie hineingeschmuggelt, empfehle ich der ausdrücklichen Beobachtung der Arbeiterschaft. In diesem militärischen Plan wird weiter gesagt, daß „an Ort klebende Formationen" gar nichts nutzen, da sie „nutzlos zugrunde gehen, wenn sie, was sicher in 99 von 100 Fällen zutrifft, nicht auseinanderlaufen, wenn Gefahr im Verzuge ist". (Große Heiterkeit links.) Trotz der Feme besteht die Befürchtung, daß einer aus der Deutschvölkischen Freiheitspartei etwas ausplaudern könnte. Darauf erhielt z. B. Roßbach einen Brief, in dem es heißt, daß die Partei „schon längst von der Polizei aufgelöst" wäre, wenn Leute in den Turnerschaften wären, die den Mund nicht halten können, und weiter: „Denn unser Sportklub Hai ist ja die Fortsetzung der Ortsgruppe Litzmann des aufgelösten Verbandes nationalgesinnter Soldaten, von denen wir auch noch Material in Händen haben! Dies allein wird schon eine Auflösung zur Folge haben. Außerdem betrachten wir uns als eine militärische Organisation mit eigenen Waffen. (Lebh. Hört! Hört! links.) Unsre Leute, auch die nicht Soldat gewesen sind, werden ausgebildet (Lebh. Zurufe links und rechts, die den Redner am Weiterreden verhindern) mit dem Gewehr 98, haben in den Instruktionsstunden die Schießregeln gelernt, lernen zielen, werden vertraut gemacht mit den Kriegsartikeln. Marschordnung, Gefechtsübungen usw. werden durchgenommen.

Nacht- und Gefechtsübungen in Döberitz

und Schießübungen mit Gewehr 98 auf den Schießplätzen in Kaulsdorf und Weißensee gemacht. (Lebh. Hört, hört! links.) Dieser Brief an Roßbach ist von dem Kompaniefeldwebel der 7. Turnerschaft unterzeichnet. In einem Briefe des Herrn v. Salomon an den uns wohlbekannten Herrn Heinz heißt es über die Lage in Pommern: „Der Pommer ist dumm (Große Heiterkeit links), stupide und solange für keinen großen Gedanken zu begeistern, wie er nicht Vorteile daraus erblickt. (Hört, hört! und große Heiterkeit.) Ist es aber geglückt, ihn schließlich doch zu erwärmen, dann hat man ihn auch fest. Pommern können wir ruhig lassen, es ist so völkisch und national" — national. Ihrer Richtung (nach rechts) deshalb, weil die Pommern augenblick so dumm sind! — (Schallende Heiterkeit) — „das es sofort mit fliegenden Fahnen zu uns übergeht, wenn der große Kampf beginnt." Die Vorbereitungen zu dem Bürgerkrieg waren bis in alle Einzelheiten getroffen, das zeigt z. B. auch ein Schreiben aus Wien vom 30. Januar, „betreffend Telegrammchiffer", in dem für Oberst Bauer und andre Decknamen angegeben waren, ebenso auch für verschiedene deutsche Länder. Selbstverständlich hatte man auch für Mitteilungen über die Zahl der Truppen und für jede einzelne Waffe Decknamen. Entweder handelt es sich hier um das Spiel von Leuten, die nicht wissen, was sie tun, oder es handelt sich um Leute, die wissen, was sie wollen, dann sind es Verbrecher (Stürmische Zustimmung links). **die unser Volk und unser Land in den Bürgerkrieg hineintreiben wollen.** (Erneute Zustimmung links.) Wie groß die Summe ist, die der Deutschvölkischen Freiheitspartei zur Verfügung steht, beweist eine Aufstellung **Roßbachs über den Bedarf für die Propaganda innerhalb der Reichswehr: 11 Millionen Mark.** (Große Unruhe und Hört, hört! links.) An Beihilfen für 15 Organisationsbezirke werden **80 Millionen Mark** angeführt. Zu alledem kommen aber noch riesige Summen für die militärische Ausbildung usw.

Ueber die Propaganda in der Reichswehr und die Verbindungen zwischen Reichswehr und diesen reaktionären Kreisen ist die Regierung verpflichtet, dem Reichstag endlich Auskunft zu geben. Wir können uns das nicht mehr gefallen lassen! (Lebh. Zustimmung links.) Wenn der Reichswehrminister den

Paradeunfug mit Hindenburg und Prinzen

nicht zum Stoppen bringen kann, dann muß mit ihm wieder ganz besonders ernstlich geredet werden. (Stürmische Zustimmung links.) Es ist für unsre Außen- und Innenpolitik einfach nicht mehr zu ertragen, was General Hindenburg, von dem wir alle wünschen, daß wir ihn achten könnten, und den wir weiter achten wollen, jetzt tut. Wenn er immer noch nicht begriffen hat, daß die Herrschaft seines „Allergnädigsten Königs und Herrn" vorbei ist, dann soll er wenigstens aufhören zu reden. Den Mannschaften des Heeres der deutschen Republik vertrauen und danken wir für ihren nicht immer angenehmen Dienst, den Offizieren aber, die sich nicht wohl fühlen in einem republikanischen Heer, müssen wir dringend raten, ihren Beruf so schnell wie möglich zu wechseln. Wir wollen nicht, daß etwa in der Republik praktiziert wird, was der Herr von Dorn einmal gesagt hat, daß seine Soldaten unter Umständen auch auf Vater und Mutter schießen sollten. Diese Zeiten sollten auf immer und ewig vorbei sein. (Lebh. Unruhe und erregte Zurufe rechts, leidhafter Beifall links.)

Die Organisation der Deutschvölkischen Freiheitspartei

gliedert sich nach einer graphischen Darstellung in 50 Abteilungen. (Abg. Wulle: Das ist ja alles Quatsch! — Heiterkeit links.) Das Aktionsbureau IIIb umfaßt nach dieser Gliederung 5 Ressorts: 1. Kampforganisationen, 2. Schutzorganisationen, 3. mobile Truppen, 4. Saalschutz, 5. Bewachung und Verpflegung. Wo immer man den Zipfel bei den deutschvölkischen Organisationen aufhebt, immer stößt man auf verbrecherische Zwecke. Brutal und offen geht die Presse dieser Organisationen vor. In dem neuen Organ der Herren Wulle und Graefe kann nur deshalb so viel Haß gesät werden, weil die Leute wissen, daß ihnen ja doch nichts passiert, solange sie Staatsanwälte finden, die, anstatt ihnen an den Kragen zu gehen, solchen Zeitungen den Prozeß machen, die ihre Geschichten aufdecken, so lange haben sie allerdings bisher gut arbeiten können. So wird geschrieben, die Beseitigung der „Volksbetrüger, Arbeiterführer und bürgerlichen Parteiverbrecher" bedeute „nicht Bürgerkrieg, sondern ein gerechtes Strafgericht. Denn wir müssen endlich einmal einen Unterschied zwischen Staatsbürgern und Schweinehunden machen . . . die Antwort auf Essen wäre . . . . Aufhängen aller Vaterlandsverräter . . . innerhalb des Reichstags". Ich will auf eine ganze Menge Material verzichten und nur noch ein kleines Hühnchen mit Herrn Henning rupfen. Herrn Henning beschuldige ich hiermit vor allem Volke, daß er in Gemeinschaft mit zwei deutschnationalen Organisationsleitern Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt hat, um einen Mann, den er für den Mörder Erzbergers hielt, über die Grenze zu schaffen. Ein gewisser Hörnlein, Vertrauensmann der Deutschnationalen Partei in Bayreuth, teilte in einem Briefe an den Fabrikdirektor Meyer, Vorsitzenden der Deutschnationalen Organisation in Osnabrück, mit, daß er Erzberger getötet habe und um Unterstützung bitte. Der Deutschnationale Meyer schickte darauf einen deutschnationalen Parteisekretär Landwehr nach Mitteilwald, um sich dort mit dem Hörnlein in Verbindung zu setzen und ihm über die Grenze zu helfen. Dabei hat der Abg. Hennig tatkräftig mitgewirkt. (Lebh. Hört, hört! links.) Der Fabrikdirektor Meyer hat vor Gericht ausgesagt, daß er den gerade in Osnabrück weilenden Abg. Henning aufgesucht und mit ihm auch über den Brief des angeblichen Erzbergermörders gesprochen hat. Wir haben jedenfalls alles Für und Wider zusammen erwogen, wir entschlossen uns, Geld zu senden. (Hört, hört! links.) Ich mache keinen Hehl daraus, daß, wenn Hörnlein wirklich der Täter war, es den Zweck hatte, ihm zu helfen. Meyer und Henning haben dann nach Meyers Aussage etwa 1000 M. für Hörnlein zusammengeschossen. Wegen der Paßbesorgung für Hörnlein habe er (Meyer) keine weiteren Schritte unternommen, „Major Henning muß dies getan haben". (Hört, hört!) Diese Aussagen sind damals vor dem Staatsanwalt in der Untersuchungsangelegenheit Erzberger gemacht und von Meyer sowie dem Sekretär Landwehr unterschrieben worden. Durch die schamlosen Hetzereien in der deutschvölkischen Presse fanden sich schließlich Mordbuben, die diesen besonders beschimpften und verleumdeten Mann ermordeten, und, wenn sie dann gefaßt waren, dann kamen derartige rechtsradikale Herrschaften und suchten diese Leute dem Strafrichter zu entziehen. Pfui Teufel über eine derartige Politik! sage ich. (Sehr wahr! links.) Das war die Politik, die ganz hineinpaßt in den Rahmen dessen, was Sie vorher in den Artikeln

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230514/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG